

Aus dem Inhalt

Terror beim CSD: Özdemir nimmt muslimische Verbände in die Pflicht	2
Baden-Württemberg will Tausende Vorschriften streichen	3
SPD-Initiative fordert sofortige Friedensverhandlungen	4
Kommunen warnen Ministerpräsident Özdemir vor Eiszeit	4
Naturschützer kritisieren geplantes Effizienzgesetz	5
„Afrikanische Figuren sind oft arm, aber fröhlich“	6
Deutsche Umwelthilfe erzwingt Informationen bei Luxusautos	7
Etwa jeder Fünfte in Baden-Württemberg ohne eine Woche Urlaub	8
LFK verhängt Geldbuße von 36.000 Euro gegen Stuttgarter Influencerin	8
Gedenksäule für Hildegard Knef in ihrer Geburtsstadt Ulm	9
Neues Hebel-Buch: Mit Humor in die Vergangenheit	10
Echt freier Eintritt zu gefälschten Bildern	11
Impressum	11

In eigener Sache

Liebe Leserin, lieber Leser,

unser Dienst „epd mobil“, der Ihnen jeden Werktag um 7.30 Uhr eine Zusammenstellung aller unserer Texte vom Vortag liefert, muss leider zum Monatsende eingestellt werden. Ein wichtiger Grund dafür ist, dass es für die dahinter liegende Technik keinen Support mehr gibt. Sie erhalten die letzte Ausgabe am 31. Juli.

Da Sie als Nutzer auch für unsere App registriert sind, bleiben Sie aber weiterhin topaktuell informiert. Mit epd aktuell erhalten Sie Texte, Bilder und Videos des Evangelischen Pressedienstes (epd) in Echtzeit, optimiert für die mobile Nutzung auf Tablets und Smartphones. Auch am PC können Sie sich jederzeit auf <https://aktuell.epd.de/> informieren über das aktuelle Geschehen in Kirche und Gesellschaft, der Landespolitik, im Sozialwesen, in der Kultur- und Medienbranche und im Bereich Umwelt.

Die App „epd aktuell“ ist im [Apple Store](#) und im [Google Play Store](#) erhältlich. Fragen zu unserem Angebot richten Sie gerne an: assistenz@epd-sw.de.

Danke, dass Sie die Informationen des Evangelischen Pressedienstes (epd) nutzen.

Marcus Mockler, Chefredakteur/Geschäftsführer

Terror beim CSD: Özdemir nimmt muslimische Verbände in die Pflicht

Muslimische Dachverbände haben sich betroffen über den Terroranschlag auf den Berliner CSD geäußert. Für Baden-Württembergs Ministerpräsident Özdemir ist das zu wenig. Die wahren Probleme würden in den Stellungnahmen nicht angesprochen.

Stuttgart (epd). Baden-Württembergs Ministerpräsident Cem Özdemir (Grüne) hat sich unzufrieden über die Stellungnahmen muslimischer Verbände zum Terroranschlag auf den Berliner Christopher-Street-Day (CSD) geäußert. Weder hätten die Verbände die Schwulen- und Queerfeindlichkeit des mutmaßlichen Täters benannt, noch hätten sie den Bezug des Terroristen zum Islam erwähnt, kritisierte Özdemir am Dienstag in Stuttgart. Er fordere die Dachverbände „sehr energisch auf, sich mit dem Thema auseinanderzusetzen“. Wenn Schwulenfeindlichkeit bei den Verbänden nicht angegangen werde, mache man es Verbrechern leichter, dort ihre Leute zu rekrutieren.

Bei der Einschätzung des Terrors dürfe es keinen „Kulturrabatt“ geben, betonte der Ministerpräsident. Wenn es Gesetzeslücken gebe, müssten diese geschlossen werden. Zunächst seien aber die geltenden Gesetze umzusetzen. Die muslimischen Verbände müssten im Einsatz gegen islamistischen Terror mit anpacken, forderte Özdemir.

Innenminister: Fußfessel nur bedingt geeignet

Innenminister Manuel Hagel (CDU) sagte, Mitleidsbekundungen seien als Reaktion auf den Anschlag nicht ausreichend. „Wir sind in der Exekutive nicht unterwegs, um betroffen zu sein, sondern um etwas zu ändern.“ Die Fußfessel für Gefährder könne allerdings nur bei Personen zum Einsatz kommen, die von ihrer Überwachung wissen - etwa weil sie bereits in Untersuchungshaft gesessen haben. Es gebe aber auch Gefährder, die ohne ihr Wissen im Visier des Verfassungsschutzes seien - für diesen Kreis sei die Fußfessel aus ermittlungstechnischen Gründen nicht geeignet.

Am Samstag war ein 21-Jähriger, der als islamistischer Gefährder galt, den Ermittlungen zufolge während des Berliner CSD mit einem Transporter in die Menschenmenge im Tiergarten gefahren. Anschließend soll er Menschen mit einer Stichwaffe angegriffen haben. Eine Frau wurde bei dem Anschlag getötet, 29 Menschen wurden verletzt. Der mutmaßliche Täter wurde am Sonntag bei einem Polizeieinsatz in Berlin-Spandau tödlich verletzt. (1901/28.07.2026)

Baden-Württemberg will Tausende Vorschriften streichen

Die baden-württembergische Landesregierung will bis Ende 2027 einen Großteil der Berichtspflichten kappen. Ein neuer Rat unter Leitung des Tübinger Oberbürgermeisters Palmer soll die Verwaltung umkrempeln und den Staat schneller machen.

Stuttgart (epd). Die baden-württembergische Landesregierung will mit einem neuen Gesetz die Bürokratie im Land radikal abbauen. Wie Ministerpräsident Cem Özdemir (Grüne) am Dienstag in Stuttgart mitteilte, sollen durch ein Effizienzgesetz alle landesrechtlichen Berichts-, Dokumentations- und Aufbewahrungspflichten spätestens zum Jahresende 2027 auslaufen. Nur Vorschriften, deren Notwendigkeit klar nachgewiesen wird, sollen erhalten bleiben.

Damit kehrt die Regierung die bisherige Beweislast um. Künftig muss nicht mehr der Wegfall einer Regelung begründet werden, sondern deren Beibehaltung. Innenminister Manuel Hagel (CDU) sagte, der Staat werde vom „Bürokratieschaffer zum echten Dienstleister“.

OB Palmer soll Verwaltung modernisieren

Ein neu geschaffener „Unabhängiger Rat für Staatsmodernisierung und Verwaltungsvereinfachung“ soll den Prozess begleiten. Für diese Aufgabe berief die Regierung den Tübinger Oberbürgermeister Boris Palmer (parteilos) für eine Dauer von zwei Jahren. Palmer soll staatliche Aufgaben und Verfahren auf ihre Praxistauglichkeit prüfen und direkt dem Ministerpräsidenten berichten.

Palmer wies darauf hin, dass alle seitherigen Versuche zum Bürokratieabbau gescheitert seien. Die Gefahr bestehe auch jetzt, doch sei die an ihn übergebene Aufgabe einen Versuch wert. Einen so umfassenden Auftrag habe es noch nie gegeben. Er werde indessen nur Vorschläge erarbeiten können - Entscheidungen müsse dann die Landesregierung treffen. (1903/28.07.2026)

Bürokratieabbau mit Bibelvers

„Fürchtet euch nicht.“

Mit Verweis auf diese Bibelstelle (Lukas 2,10) warb der neue Entbürokratisierungs-Beauftragte der baden-württembergischen Landesregierung, Tübingens Oberbürgermeister Boris Palmer (parteilos), am Dienstag in Stuttgart dafür, Bürokratieabbau nicht als Bedrohung zu empfinden. (1902/28.07.2026)

Kirche und Politik

SPD-Initiative fordert sofortige Friedensverhandlungen

Die SPD-Initiative „Mehr Diplomatie wagen“ hat sich in einem offenen Brief an die beiden Co-Landesvorsitzenden in Baden-Württemberg gewandt.

Stuttgart (epd). Die SPD-Initiative „Mehr Diplomatie wagen“ fordert einen Strategiewechsel der bisherigen deutschen Außen- und Verteidigungspolitik. Sie habe sich deshalb in einem offenen Brief an die SPD-Co-Landesvorsitzenden in Baden-Württemberg, Isabell Catematori und Robin Mesarosch, gewandt, teilte die Initiative am Dienstag mit. Statt weiterem Sozialabbau wünschten sich viele SPD-Mitglieder ein Ende der Aufrüstung und eine Rückkehr zur Diplomatie, heißt es in dem Schreiben mit 15 Unterzeichnern. Um die Katastrophe eines großen europäischen Krieges zu verhindern, der in einem nuklearen Inferno enden könnte, brauche es zur Ukraine zwingend sofortige Verhandlungen ohne Vorbedingungen.

Diese könnten nur Aussicht auf Erfolg haben, wenn auch russische Sicherheitsinteressen berücksichtigt werden. „Ob wir diese für legitim halten oder nicht, ist irrelevant, sie sind Realität.“ Der Kauf von F35-Kampfbombern und neuen Mittelstreckenraketen diene nicht der Verteidigungsfähigkeit, sondern befördere die russische Wahrnehmung, vom Westen bedroht zu werden.

Panzer sind nicht produktiv

Investitionen müssen reproduktiv sein, heißt es weiter. „Panzer sind es nicht. Sie produzieren keine günstige Energie, Kasernen reparieren nicht unsere Brücken und amerikanische F35-Kampfbomber bringen uns nicht weiter in Forschung und Entwicklung.“ Volkswirtschaftlich betrachtet seien diese Rüstungsausgaben ein Desaster: „Sie schaffen einen neuen militärisch-industriellen Komplex, der dann gefüttert werden muss, und werfen uns als erfolgreiche Industrienation noch weiter zurück.“

Die beiden Co-Vorsitzenden, so die Bitte im Brief, sollten sich „bei unserem Parteivorstand in Berlin für einen Strategiewechsel der bisherigen Außen- und Verteidigungspolitik einsetzen“. (1904/28.07.2026)

Kommunen warnen Ministerpräsident Özdemir vor Eiszeit

Gemeinsam appellieren die drei kommunalen Spitzenverbände an Ministerpräsident Özdemir, die Kommunen nicht „in die komplette Handlungsunfähigkeit“ abrutschen zu lassen.

Stuttgart (epd). Nach Ansicht der baden-württembergischen Kommunen darf sich das Land angesichts der Finanzkrise „nicht weiter wegducken“. Die

Kirche und
Politik

Präsidenten der drei kommunalen Landesverbände haben deshalb gemeinsam an Ministerpräsident Cem Özdemir (Grüne) geschrieben, teilte der Gemeindetag Baden-Württemberg am Dienstag in Stuttgart mit. 2025 habe das Defizit der Kommunen im Land 4,4 Milliarden Euro betragen, schreiben der Präsident des Landkreistags, Achim Brötzel, der Präsident des Gemeindetags, Steffen Jäger, und der Präsident des Städtetags, Frank Mentrup. Doch zuletzt habe sich der Eindruck verfestigt, dass das Land die Finanzgespräche mit den Kommunen buchstäblich auf Eis legen wolle.

Das Land müsse endlich seiner Verfassungspflicht nachkommen und die Gemeinden, Städte und Landkreise finanziell so ausstatten, dass sie alle ihre Pflichtaufgaben erfüllen und ein Mindestmaß an freiwilligen Selbstverwaltungsaufgaben wahrnehmen können. Dies sei derzeit nicht mehr der Fall. Für 2027 seien massive Verwerfungen vorprogrammiert, von drastischen Einschnitten bei der Sport- und Kulturförderung über Freibadschließungen und massive Abgabenerhöhungen bis zur Insolvenz von Krankenhäusern.

Kommunen „verhungern am langen Arm“

Die Ziele und Zusagen aus dem Koalitionsvertrag, so das Schreiben weiter, seien nicht zu verwirklichen, „wenn das Land die Kommunen weiter am langen Arm verhungern und sie in die komplette Handlungsunfähigkeit abrutschen lässt“. Das Land müsse ernsthaft bedenken, was passiere, wenn die kommunale Daseinsvorsorge in die Knie geht. „Wir appellieren an den Ministerpräsidenten, es nicht zu einer Eiszeit zwischen Land und Kommunen kommen zu lassen.“ (1898/28.07.2026)

Naturschützer kritisieren geplantes Effizienzgesetz

Stuttgart (epd). Gesetzliche Zielvorgaben im Natur- und Umweltschutz müssen überprüfbar bleiben, fordert der Landesverband Baden-Württemberg des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND). Noch diese Woche wolle die Landesregierung das Effizienzgesetz verabschieden, mit dem pauschalen Abbau aller Berichtspflichten, teilte der BUND am Dienstag in Stuttgart mit. Er sieht die Gefahr, dass dadurch die Grundlagen für politische Steuerung, die Überprüfbarkeit gesetzlich vereinbarter Ziele und die Transparenz staatlichen Handelns langfristig Schaden nehmen.

Um das Erreichen von Zielen prüfen zu können, müsse das Land im Umwelt- und Naturschutz alle Berichte beibehalten, fordert die BUND-Landesvorsitzende Sylvia Pilarsky-Grosch. Das gelte insbesondere für das Biodiversitätsstärkungsgesetz. Ohne kontinuierliche Überprüfung und ohne Monitoring gebe es bei der Umsetzung einen „politischen Blindflug“ ohne Nachsteuerung. Wer die Erhebung und den öffentlichen Zugang zu wichtigen Daten abschaffe, habe

Kirche und Politik

entweder etwas zu verbergen oder schlicht kein Interesse, die Umsetzung der selbst gesetzten Ziele zu überprüfen. (1899/28.07.2026)

Kirche und Politik

„Afrikanische Figuren sind oft arm, aber fröhlich“

Koloniale Klischees in Kinderbüchern: Drei Fragen an Bertin Nyemb

epd-Gespräch: Leonie Mielke

Karlsruhe/Yaoundé (epd). Der kamerunische Literaturwissenschaftler Bertin Nyemb forscht zu kolonialen Klischees in deutschen Kinderbüchern. Dieses Semester ist er als Gastdozent an der Pädagogischen Hochschule Karlsruhe tätig und sensibilisiert Lehramtsstudenten für das Thema. Er wünscht sich mehr Kinder- und Jugendbücher, in denen das moderne Afrika gezeigt wird.

epd: Herr Nyemb, sind Sie manchmal wütend darüber, wie afrikanische Figuren in der Kinder- oder Jugendliteratur dargestellt werden?

Bertin Nyemb: Ich würde mich nicht als wütend bezeichnen. Als Auslandsgermanist habe ich gelernt, die Dinge aus einer größeren Perspektive zu betrachten. Aber ich finde viele Repräsentationen problematisch. Die afrikanischen Länder sind vielfältiger, als es in den Büchern dargestellt wird. Daher ist mir Aufklärung wichtig.

Ich mache meine Studierenden darauf aufmerksam, dass ein Kinderbuch nicht nur eine Geschichte ist, sondern ein diskursives Medium. Es ist nicht fair, wenn Kinderbücher koloniale Klischees reproduzieren und den Kontinent in ein rückständiges Licht rücken lassen. Daher ist es geboten, authentische Bilder zu vermitteln. Die Studierenden in Karlsruhe haben sich in Lehrevaluationen schon bei mir dafür bedankt, dass sie die Gelegenheit haben, auch andere Realitäten kennenzulernen.

epd: Welche kolonialen Klischees und Stereotype finden sich in Kinderbüchern?

Nyemb: Wer in Afrika unterwegs ist, soll stets vorsichtig sein, da giftige Schlangen und Skorpione in der wilden Natur lauern. Afrikanische Figuren sind oft arm, aber fröhlich. Sie leben nach wie vor in Hütten mit Strohdächern. Die Kinder sind dünn und hungrig. Sie leben im Dschungel oder in der Wüste und müssen kilometerweit zum Brunnen oder zur Schule laufen. Ihr Alltag wird bestimmt vom Wassermangel oder Stromausfall. Weiße Figuren treten als „Retter“ oder „Aufklärer“ auf.

Ich habe kürzlich ein Buch besprochen, in dem ein afrikanischer Junge nach Europa gekommen ist und zum allerersten Mal eine Rolltreppe gesehen hat. Dazu kann ich sagen: In meiner Heimat Kamerun gibt es Rolltreppen noch nicht so lange. Aber Kinder in afrikanischen Großstädten kennen Rolltreppen.

Und es gibt Familien, die in einer Villa leben und ihre Kinder mit dem Auto zur Schule fahren. Diese Darstellungen von „es fehlt an allem“ sind nicht authentisch.

epd: Was für Kinderbücher würden Sie sich wünschen?

Nyemb: Es wäre schön, wenn Kinderbücher den Facettenreichtum Afrikas zeigen würden. Im ländlichen Raum kommt es durchaus vor, dass kranke Menschen oder schwangere Frauen in einem Eselskarren zum Krankenhaus gebracht werden, aber man darf nicht die Möglichkeiten ausblenden, die es in der Stadt gibt.

Die Autoren sollen eine gerechtere Sprache verwenden, die koloniale Begriffe systematisch ausschließt. Ich lade alle Akteure im Literaturbetrieb dazu ein, postkoloniale Perspektiven gerade in der Produktion von Kinder- und Jugendbüchern zu bemühen. Die Geschichten sollen Bilder entfalten, die dem aktuellen Entwicklungsstand mancher Regionen des Kontinents Rechnung tragen.

Darüber hinaus soll der subsaharische Protagonist im Handlungsverlauf zu Wort kommen, seine Welt selbst erklären, seine Sichtweise eigenständig artikulieren können. Die Figuren sollen auch Namen tragen, die nicht ideologisch aufgeladen sind. Wenn in einem deutschen Kinderbuch eine afrikanische Figur „Oma Afrika“ heißt, ist es aus meiner Sicht keine sprachensible, sondern eine irritierende Namenswahl, die einem kolonialen Denkmuster entspringt. (1895/28.07.2026)

Deutsche Umwelthilfe erzwingt Informationen bei Luxusautos

Berlin/Stuttgart (epd). Auch bei Luxusautos müssen Anbieter Kraftstoffverbrauch und CO₂-Emissionen angeben. Dieses Urteil habe sie vor dem Landgericht Stuttgart erstritten, teilte die Deutsche Umwelthilfe (DUH) am Dienstag in Berlin mit. Sie hatte gegen einen Anbieter solcher Fahrzeuge geklagt. Dieser hatte argumentiert, Käufer von Lamborghini, Porsche und Ferrari interessierten sich vor allem für Lebensgefühl, Status und Luxus, nicht jedoch für die Verbrauchswerte. Das Landgericht habe dies entschieden zurückgewiesen, so die DUH (Urteil vom 01.07.2026 - 35 O 96/25).

„Luxusautos vereinen alles, was dem Klima schadet“, sagte der DUH-Bundesgeschäftsführer Jürgen Resch. Dazu gehörten enormes Gewicht, überdimensionierte Motorleistung, hoher Verbrauch und eine besonders ressourcenintensive Herstellung. Unternehmen dürften die Verbrauchswerte dieser Fahrzeuge nicht verschleiern. (1897/28.07.2026)

Kirche und Politik

Etwa jeder Fünfte in Baden-Württemberg ohne eine Woche Urlaub

Stuttgart (epd). Etwa 2,2 Millionen Baden-Württemberger konnten sich nach eigenen Angaben 2025 keine einwöchige Urlaubsreise leisten. Dies entspreche rund einem Fünftel der Bevölkerung, teilte das Statistische Landesamt am Dienstag in Stuttgart mit. Dieser Anteil sei in den vergangenen Jahren ziemlich konstant geblieben. Basis ist die Erhebung zu Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC).

Alleinerziehende seien deutlich häufiger betroffen als andere, heißt es, bei ihnen fehlte bei rund 37 Prozent nach eigenen Angaben das Geld für eine Urlaubsreise. Das entspricht rund 198.000 Menschen. (1900/28.07.2026)

LFK verhängt Geldbuße von 36.000 Euro gegen Stuttgarter Influencerin

Trotz mehrfacher Warnungen hat eine Beauty-Influencerin mehrfach Werbebeiträge nicht als solche gekennzeichnet - nun wird es für sie teuer.

Stuttgart (epd). Wegen wiederholter Verstöße gegen die Werbekennzeichnungspflicht auf Instagram hat die Landesanstalt für Kommunikation Baden-Württemberg (LFK) gegen eine Stuttgarter Influencerin eine Geldbuße von 36.000 Euro verhängt. Zusammen mit der Verfahrensgebühr und den Auslagen müsse die Influencerin 37.803,50 Euro zahlen, teilte die LFK am Dienstag in Stuttgart mit. Der Bußgeldbescheid sei bestandskräftig.

Die LFK setzt mit dem Bußgeldbescheid einen Beschluss der Kommission für Zulassung und Aufsicht (ZAK) um. Mit ihren Beauty-, Make-up- und Lifestyle-Inhalten erreicht die Influencerin rund 750.000 Follower. Von Mai bis Juli 2025 war sie mehrere entgeltliche Kooperationen eingegangen, sie bekam für die Bewerbung der jeweiligen Produkte und Unternehmen erhebliche Geld- und Sachleistungen. Die Beiträge waren aber nicht als Werbung gekennzeichnet, oder die Kennzeichnung war optisch kaum wahrnehmbar.

Die Influencerin war mehrfach gewarnt worden

Die LFK hatte die Influencerin nach eigenen Angaben bereits in den Jahren 2020 und 2022 mehrfach auf die medienrechtlichen Vorgaben und die Anforderungen an eine ausreichend deutliche Werbekennzeichnung hingewiesen. „Werbung darf nicht erst auf den zweiten Blick als solche erkennbar werden“, sagte LFK-Präsident Wolfgang Kreißig. Bei der Bemessung einer Geldbuße werde

Kirche und
Politik

Medien

der wirtschaftliche Vorteil berücksichtigt, der durch die nicht oder unzureichend gekennzeichneten Werbeinhalte erzielt wurde. Die Geldbuße solle sicherstellen, dass sich Verstöße wirtschaftlich nicht lohnen. (1905/28.07.2026)

Gedenksäule für Hildegard Knef in ihrer Geburtsstadt Ulm

In ihrer Geburtsstadt Ulm erinnert jetzt eine Stele an die Schauspielerin und Sängerin Hildegard Knef (1925-2002). Die Inschrift der Gedenksäule hebt die Eigenständigkeit der Künstlerin hervor und ihre Bedeutung für die Emanzipation der Frauen.

Ulm (epd). In ihrem Geburtsort Ulm erinnert eine neue Stele an Hildegard Knef. Die Schauspielerin und Sängerin wurde am 28. Dezember 1925 in Ulm geboren. Mit dem Denkmal solle ein sichtbares Zeichen gesetzt werden, dass auch Frauen eine wichtige Rolle für die Geschichte der Stadt spielen, sagte Bürgermeisterin Iris Mann am Dienstag bei der Einweihung der Stele. Wie der Text auf der Gedenksäule unter einem Porträtfoto von Hildegard Knef hervorhebt, habe sich die Künstlerin mit „Mut, Ehrgeiz und großer Eigenständigkeit“ den „konservativen Erwartungen ihrer Zeit“ widersetzt. Ihr Erfolgsschanson „Für mich soll's rote Rosen regnen“ sei zum Symbol für Emanzipation und weibliche Selbstbestimmung geworden.

Allerdings gab Hildegard Knef nur ein ganz kurzes Gastspiel in Ulm: Nach dem frühen Tod des Vaters zog sie bereits im Alter von sieben Monaten mit ihrer Mutter nach Berlin, wo sie noch in jungen Jahren ihre Karriere als Schauspielerin startete. Mit ihrer nur sekundenlangen Nacktszene im Film „Die Sünderin“ (1950) sorgte Knef für den ersten großen Filmskandal im Nachkriegsdeutschland. Im Laufe ihrer langen Karriere hat sich Hildegard Knef als Künstlerin immer wieder neu erfunden - als Schauspielerin sogar in Hollywood, als Hauptrolle in Musicals am Broadway, als gefeierte Chanson-Sängerin und erfolgreiche Autorin („Der geschenkte Gaul“- 1970).

Die zwölfte Stele in einem Zyklus

Das Denkmal von Hildegard Knef ist die zwölfte Stele in einem Zyklus von bedeutsamen Ulmer Frauen. Die Stelen, die im gesamten Stadtgebiet verstreut sind, erinnern beispielsweise an die Patrizierin und Sozialmäzenin Adelheid von Sulmentingen (1330-1400), an die Medizinpionierin und frühe Ärztin Agathe Streicher (1520-1581) und an das soziale Engagement der Ulmer Gemeinderätin und Frauenrechtlerin Agnes Schultheiß (1873-1959). (1906/28.07.2026)

Medien

Kultur

Neues Hebel-Buch: Mit Humor in die Vergangenheit

epd-Gespräch: Leonie Mielke (epd)

Ein neues Buch über den Gelehrten Johann Peter Hebel blickt auf Schlüsselmomente seines außergewöhnlichen Lebens. Und sorgt mit Kommentaren aus der heutigen Perspektive wie „WhatsApp hatte sich noch nicht durchgesetzt“ für Schmunzeln.

Baden-Baden/Freiburg (epd). Der Autor Thomas Weiß ist tief in die Gefühlswelten des Gelehrten Johann Peter Hebel (1760-1826) eingestiegen. In seinem neuesten Werk schreibt Weiß über Hebels Verliebtheit oder seine Trauer über den Tod der Mutter. „Es ist ein literarisches Buch“, erklärt Weiß im Gespräch mit dem Evangelischen Pressedienst (epd). Die geschilderten Szenen lehnten sich an tatsächliche Ereignisse in Hebels Leben an, seien aber erzählerisch ausgestaltet. „Es geht mir darum, was Hebel gefühlt und gedacht hat, welche Haltungen ihn bestimmten“, betont Weiß.

Das Buch „Johann Peter Hebel. Der Heimatflüsterer: Biografische Skizzen“ erscheint am 29. Juli im Freiburger „8 Grad Verlag“. Anlass ist der 200. Todestag des Gelehrten, der am 22. September 1826 im badischen Schwetzingen verstarb. In Baden-Württemberg gibt es im sogenannten „Hebeljahr“ deswegen zahlreiche Veranstaltungen oder Buchpublikationen.

Faszination für Hebels Sprache

Der Schriftsteller, Theologe und Pädagoge Hebel erlangte 1803 Ansehen mit seiner mundartlichen Lyriksammlung „Alemannische Gedichte“. Später übernahm er die Redaktion für den Volkskalender „Rheinländischer Hausfreund“. Für diesen Kalender sammelte er Rätsel sowie Matheaufgaben und schrieb kleine Geschichten. Berühmt wurde er mit einer „Best-of-Sammlung“ seiner Kalendergeschichten, dem „Schatzkästlein des rheinischen Hausfreunds“ (Veröffentlichung 1811). Hebel gilt zudem als erstes geistliches Oberhaupt der Evangelischen Landeskirche in Baden.

Weiß ist ebenfalls Schriftsteller, Lyriker und badischer Pfarrer im Ruhestand. Er lebt in Baden-Baden. Weiß erzählt, dass sich seine Begeisterung für Hebel über lange Zeit entwickelt habe. Erstmals sei ihm in der Schule eine der bekanntesten Kalendergeschichten Hebels, „Kannitverstan“, begegnet. „Die hat mir gut gefallen.“

Später seien ihm als Pfarrer im Markgräflerland zahlreiche Menschen begegnet, die Alemannisch sprachen. „Ich konnte das damals nicht“, berichtet Weiß. Um ein Gefühl für den Dialekt zu bekommen, habe er sich die „Alemannischen Gedichte“ Hebels gekauft. Er las weitere Werke von Hebel und beschäftigte sich mit der damaligen Epoche. „So habe ich mich in die Sprache dieser Zeit, in der auch Johann Wolfgang von Goethe (1749-1832) und Friedrich Schiller

Kultur

(1759-1805) lebten, verliebt“, sagt Weiß. „Ich finde diese Sprache stark.“ Inzwischen hat Weiß vier Bücher und mehrere Essays zu Hebel veröffentlicht.

Weiß nutzt Stilmittel Hebels

In dem neuen Buch hat Weiß in 14 Kapiteln entscheidende Momente oder Lebensphasen Hebels beleuchtet. Dabei orientiert er sich sprachlich an der Zeit des Dichters und greift dessen Stilmittel auf. So nutzt auch Weiß, wie schon Hebel, kommentierende Nebensätze. Er macht dies allerdings mit Blick aus der heutigen Zeit. So schreibt Weiß im Buch: „Darum suchte Hebel fähige Dozenten (-innen gab es noch keine...).“ Oder auch: „Hebel schrieb ohnehin viel und gerne - und da die Videophonie oder WhatsApp sich noch nicht durchgesetzt hatten...“. Mit diesen humorvollen Anspielungen im Hebelton wolle er historische Distanz sichtbar machen und zugleich die Dinge erhellen, so Weiß. (1891/28.07.2026)

Echt freier Eintritt zu gefälschten Bildern

Stuttgart (epd). Im gesamten August ist der Eintritt zu allen Ausstellungen im Haus der Geschichte Baden-Württemberg frei. Eine knifflige Rallye führe kreuz und quer durch das Stuttgarter Museum, teilte dieses am Dienstag mit. Neben der Dauerausstellung „Landesgeschichte(n)“ ist in der BW-Lounge die Präsentation „Echt Jetzt?! Fotografien. Retusche. Deepfakes.“ zu sehen. Sie zeigt, wie und warum Bilder bereits vor über hundert Jahren verändert wurden. Besucher können selbst Fotos manipulieren oder sich in einen Deepfake verwandeln.

In die Dauerausstellung ist derzeit die Intervention „Fragt uns doch mal! Jüdische Perspektiven auf Antisemitismus“ integriert. Elf Stationen fragen unter anderem, ob antisemitische Bilder im Museum gezeigt werden sollen - oder ob dadurch Vorurteile verfestigt werden. (1896/28.07.2026)

Impressum

epd
Landesdienst Südwest gGmbH
Augustenstr. 124, 70197 Stuttgart
Chefredakteur: Marcus Mockler,
Tel. 0711/469088-31,
mockler@epd-sw.de

Allgemeine Anfragen:
Josephine Merten,
Tel. 0711/469088-32,
assistentz@epd-sw.de

Redaktionen:
Stuttgart: Judith Kubitscheck
Tel. 0711/469088-34
kubitscheck@epd-sw.de
Peter Dietrich
Tel.: 0711/469088-36
dietrich@epd-sw.de
Matthias Pankau
Tel.: 0711/469088-38
pankau@epd-sw.de
Karlsruhe:
Leonie Mielke
Tel. 0721/1831399-10
mielke@epd-sw.de
Christine Süß-Demuth
Tel. 0721/1831399-11
suessdemuth@epd.de

Internet:
www.epd-sw.de
Facebook:
www.facebook.com/epdsuedwest
twitter:
twitter.com/epd_suedwest

Erscheinungsweise:
fünfmal wöchentlich (Mo – Fr)
Der Dienst darf nur mit Zustimmung der epd Südwest gGmbH weiterverwertet, gedruckt, gesendet oder elektronisch kopiert und weiterverwertet werden. Jede Haftung für technische Mängel oder Mängelfolgeschäden ist ausgeschlossen.
Veröffentlichung, auch auszugsweise, nur mit besonderer Genehmigung.

Bestellungen: epd Südwest,
Josephine Merten
assistentz@epd-sw.de
Tel.: 0711/469088-32

Herausgeber: epd Südwest gGmbH
Augustenstr. 124, 70197 Stuttgart
Geschäftsführer: Marcus Mockler
Vorsitzender des Aufsichtsrates:
Ralf Albrecht
Amtsgericht Stuttgart, HRB 792947